

ÖGB-BAWAG-Debakel: Der große Vertrauensbruch

Die ÖVP nützt den BAWAG Skandal politisch gegen die SPÖ aus. Das darf niemand erstaunen und am aller wenigsten die SPÖ selbst. Doch beim BAWAG-Debakel geht es um anderes als wahlpolitisches Kleingeld. Es geht nicht einmal nur um die schwer vorstellbaren Schadenssummen, die in der Karibik versickert sind. Hauptsächlich geht es um den politischen und ideellen Schaden, der der österreichischen Arbeiterbewegung durch korrupte Manager und selbstherrliche Spitzenfunktionäre zugefügt wurde!

- Eine Handvoll Spitzenfunktionäre hat in wenigen Jahren verjuxt, was, um den ÖGB kampffähig zu machen, über Jahrzehnte angespart wurde.
- Diese schmale Schicht von SpitzenfunktionärInnen und Managern – allesamt Einkommensmillionäre – hat, während sie in Worten den „Casino-Kapitalismus“ geißelte, mit dem ÖGB-Vermögen Spekulationsgeschäfte finanziert.
- Das konnte sie, weil ihr die inneren Verhältnisse des ÖGB erlaubt haben, sich jeder Kontrolle und Rechenschaft zu entziehen.

Die Tragik der Ereignisse besteht nicht in erster Linie darin, dass sie der SPÖ den Wahlsieg kosten können. Tragisch ist vor allem, dass der ÖGB als Interessensvertretung der ArbeiterInnen und Angestellten aus seinem Inneren heraus entscheidend geschwächt wird. Für diesen Vertrauensbruch tragen Verzetnitsch, Weninger, Nürnberger und Co. die moralische, und trägt die Führung der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter die politische Verantwortung.

Für einen Neubeginn des ÖGB – parteiunabhängig und von unten!

Es geht aber auch um eine historische Verantwortung der österreichischen Sozialdemokratie. Seit den 90er-Jahren haben ihre Parteivorsitzenden, Vranitzky, Klima und Gusenbauer, eine wirtschaftliche und politische Position nach der anderen an das Kapital ausgeliefert: die Verstaatlichte Industrie, die „Arbeiterzeitung“, den Konsum, die Bank Austria, jetzt die BAWAG und den Streikfonds des ÖGB.

Selbst alt eingeseessene Spitzenfunktionäre reden heute von einem „Neubeginn“. Die gewerkschaftsinternen Entscheidungen der letzten Woche lassen befürchten, dass sie eine Reform „von oben“ beabsichtigen. Dadurch würde sich aber am Grundproblem nichts ändern. Wir glauben, dass ein Neubeginn des ÖGB von „unten“ nach „oben“, das heißt nur durch die gewerkschaftliche Basis gelingen kann.

- Der ÖGB darf sich nicht als sozialpartnerschaftlicher Ordnungsfaktor verstehen, sondern muss Interessenvertretung seiner Mitglieder sein!
- Das Dringendste ist deshalb seine Demokratisierung und Öffnung für die Mitbestimmung und die Selbstermächtigung seiner Mitglieder!

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Urabstimmung zu allen wichtigen Fragen
- Wahl der Gewerkschaftsgremien bzw. Delegierten für Konferenzen an der Basis
- Frauenanteil in allen Gewerkschaftsgremien zumindest im Ausmaß des Anteils der Frauen an der Mitgliedschaft
- Einbeziehung und Vertretung der immer mehr prekär Beschäftigten durch die Fachgewerkschaften und den ÖGB.
- Interessensvertretung auch der KollegInnen, die keinen österreichischen Pass haben
- Befreiung des ÖGB aus der Gängelung durch politische Parteien
- Keine SpitzengewerkschafterInnen in gesetzgebenden Körperschaften.
- Keine SpitzengewerkschafterInnen mit Mehrfachbezügen.

Ein anderer ÖGB ist möglich!